

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Ein Aufruf Hirtjefers

Für stärkste Inangesehung des Wohnungsbaues

Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtjefers verbreitet durch den „Amtlichen Preussischen Pressedienst“ einen Aufruf zum Wohnungs- und Bauproblem, der zwar ausdrücklich als die Privatmeinung des Ministers bezeichnet wird, aber dennoch als eine politische Handlung von größter Bedeutung gewertet werden muß. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche, also auch die preussische Volkswirtschaft leidet und wird weiter leiden unter der Wohnungsnot und unter Arbeitslosigkeit sowie unter den Folgen dieser Notstände, so namentlich auch unter gesundheitlichen Schäden. Eine Gesundung unseres Volkskörpers in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung ist deshalb nur möglich, wenn Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit behoben werden.

1. Eine Bekämpfung der Wohnungsnot kann nur durch den Neubau von Wohnungen, also durch eine umfangreiche Bautätigkeit, erfolgen. Die Bautätigkeit und die Ausstattung der neuen Wohnungen schafft Arbeit nicht allein für das eigentliche Baugewerbe, sondern als Schlüsselgewerbe für fast alle Gewerbe- und Industriezweige. Die Bekämpfung der Wohnungsnot bedeutet deshalb im weitgehendsten Maße auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit anderen Worten: Wir können und müssen die Arbeitslosigkeit dadurch erheblich vermindern, daß wir die Wohnungsnot beseitigen.

2. Ohne öffentliche Beihilfen ist der Bau von Wohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen bis auf weiteres nicht möglich. Es müssen deshalb noch für eine Reihe von Jahren erhebliche Mittel für die Bautätigkeit zur Verfügung gestellt werden.

3. In Preußen werden jährlich etwa 120 000 Haushaltungen neu gegründet. Hierfür sind jährlich 120 000 neue Wohnungen nötig. Weitere 50 000 Wohnungen sind jährlich nötig, um allmählich den Fehlbetrag an Wohnungen zu decken, der durch unzureichende Bautätigkeit in den letzten Jahren entstanden ist. Weitere 30 000 Wohnungen müssen jährlich als Ersatz für verfallene und schlechte Wohnungen gebaut werden, damit das Wohnungswesen in Preußen allmählich wohl gefundet. Alles in allem brauchen wir also eine Bautätigkeit, die für die nächsten Jahre 200 000 neue Wohnungen jährlich erstellt.

4. Erfahrungsgemäß muß die öffentliche Beihilfe im Durchschnitt für eine Wohnung 5000 Mark betragen, wenn der Mietpreis für die neue Wohnung in erträglichem Verhältnis zu den Altmieten bzw. zu den Einkommensverhältnissen der breiten Bevölkerungsmasse stehen soll. Es werden also an öffentlichen Beihilfen jährlich benötigt: 200 000 x 5000 = 1 000 000 000 Mark. Als Quelle für diese öffentlichen Beihilfen kommt bis auf weiteres die Hauszinssteuer, die nötigenfalls auszubauen sein würde, in Frage.

5. Um ein Erträgnis in Höhe von 1 000 000 000 Mark aus der Hauszinssteuer für Neubauszwecke zu erhalten, ist die Erhebung von etwa 50 Prozent der Friedensmiete bei Berücksichtigung der Ausfälle und der gesetzlichen Befreiungen nötig. Nötig wäre also eine weitere Steigerung der Mieten um 30 Prozent der Friedensmieten. Diese Steigerung erscheint auf den ersten Blick unerträglich, zum mindesten unerwünscht. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß dieses Mehr an Miete von unserer Volkswirtschaft getragen werden muß, wenn wir in absehbarer Zeit aus der Wohnungsnot, aus der schlimmsten Arbeitslosigkeit, aus der Wohnungsnot, aus der Wohnungsnot und letzten Endes auch aus der Hauszinssteuer selbst herauskommen wollen. Das Mehr an Miete ist auch, auf die Arbeitsstunde berechnet, nicht so erheblich, wie es auf den ersten Augenblick scheint. Wenn der Durchschnittssatz der Friedensmiete für eine Arbeiterwohnung auf monatlich 25 Mark angenommen wird, ergibt ein Mehr in Höhe von 30 Prozent von 25 Mark monatlich 7,50 Mark oder bei achtstündiger Arbeitszeit und 25 Arbeitstagen im Monat auf die Arbeitsstunde umgerechnet ein Mehr in Höhe von 3 Pfennig. Im übrigen wird die wirtschaftliche Belastung zum Teil ficher, wahrscheinlich zur vollen Summe, durch Erparnisse an der Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ausgeglichen werden können. Auch könnte — um eine Ueberlastung der lebenden Generation zu vermeiden und auch schon jetzt eine Besserstellung des Altersbesitzes zu ermöglichen — ein Teil der nötigen Mittel anstatt durch Hauszinssteuer durch Anleihen aufgebracht werden. Letzten Endes ist auch ein Umbau der Hauszinssteuer möglich und zweckmäßig. Dieser Umbau kann dadurch erfolgen, daß neben einer ablosbaren Inflationsrente eine Haussteuer eingeführt wird.

6. Zur Finanzierung von 200 000 neuen Wohnungen im Jahr gehören außer den in Ziffer 4 erwähnten öffentlichen Beihilfen in Form von zweistelligen Hypotheken auch noch erstklassige Hypotheken. Hierfür würden nach den bisherigen Erfahrungen nötig werden jährlich etwa 1 bis 1½ Milliarden Mark. Bei der heutigen Lage des Geldmarktes wird dieser Betrag unerschwer auf dem allgemeinen Geldmarkte aufgebracht werden können, da allein schon die Sparkasseneinlagen in Preußen sich zurzeit monatlich um 70 Millionen Mark vermehren, und zwar mit steigender Tendenz.

7. Mit den in Preußen vorhandenen Bauarbeitern und Bauhilfsarbeitern können bei Einführung rationaler Arbeitsmethoden und unter der Voraussetzung, daß die Bauarbeiter ständig das ganze Jahr beschäftigt werden, 200 000 Wohnungen jährlich ohne weiteres erbaut werden. Sollten aber wirklich in manchen Gegenden nicht genügend Bauarbeiter vorhanden sein zur Erfüllung des erweiterten Bauprogrammes, so würden angeichts der Arbeitslosigkeit die fehlenden Arbeitskräfte aus anderen Berufen entnommen und herangebildet werden können.

8. Die Herstellung der nötigen Baumaterialien würde gar keine Schwierigkeiten machen, da die Leistungsfähigkeit der Industriewerke, die Baustoffe erzeugen z. B. der Ziegeleien, nur zu einem verhältnismäßig geringen Teile ausgenutzt worden ist.

9. Die Folgen der vermehrten Bautätigkeit werden sein: sofortige Besserung des Arbeitsmarktes, reflexe Beschäftigung aller Bauarbeiter, Besserung der Arbeitslage in fast allen Gewerbe- und Industriezweigen, also starker Rückgang der Arbeitslosigkeit, relativ schnelle Besserung des Wohnungsmarktes, demnach völlige Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, tatkräftige Wohnungsplanung, Ersatz menschenwürdiger Wohnungen durch gute Wohnungen, damit Beseitigung der sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, die sich aus schlechten Wohnungsverhältnissen ergeben, demnach Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und halbige Beseitigung der Wohnungsämter in ihrer jetzigen Form, Abbau der Hauszinssteuer, in Verbindung damit erhöhte Rentabilität der Altmwohnungen und bessere Instandhaltung der Altmwohnungen, allmähliche Entfaltung der privaten Bautätigkeit und Gefundung der vom Zwange freien Volkswirtschaft: alle diese Vorteile ohne Anspruchnahme ausländischer Erzeugnisse, da die gesamten Baustoffe für den Neubau von Wohnungen im Lande vorhanden sind.

10. Die Vorteile einer erhöhten Bautätigkeit sind also so groß, daß sie von keinem, dem das Volkwohl am Herzen liegt, geleugnet werden können. Im übrigen hat kein Mensch von dem erhöhten Bauprogramm einen Nachteil; denn das Mehr an Miete kommt doch. Das zeigen die Erfahrungen in allen anderen Kulturländern. Jetzt kann das Mehr noch für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, später nicht mehr. Deshalb wende ich mich an jeden Deutschen und jeden Preußen, insbesondere an die Parlamentarier des Reiches und Preußens, namentlich auch an jeden Volkswirt mit der Bitte, an der Erfüllung dieses Programmes mitzuwirken.

gez. Hirtjefers,
Preussischer Minister für Volkswohlfahrt.

Der Aufruf ist eine Tat. Leider blieb das Echo in der Tagespresse bisher auffällig schwach. Man beachte das von Hirtjefers aufgestellte Ziel, die Beseitigung der Wohnungsnot mittels einer forcierten Neubautätigkeit, findet aber die vorgeschlagenen Mittel zu hart oder, was wohl richtiger ist, zu unpopulär. Sicherlich ist eine weitere Mieterhöhung keine leicht zu nehmende Sache. Wie begreifen sehr wohl, daß über Tempo und Ausmaß derselben die Meinungen auseinandergehen. Die Notwendigkeit der Erhöhung selbst kann aber keinen Augenblick in Zweifel gezogen werden. Die Angleichung der gesetzlichen Miete an die allgemeine Lebenssteuerung ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit und die erste und unerläßliche Voraussetzung für alles, was in der Linie einer geordneten und zielgerichteten Lösung des Wohnungsproblems erhofft und erreicht werden kann. Und Hirtjefers hat recht: Heute kann das Mehr noch für die Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Später nicht mehr.

Glücklich hebt der Aufruf die Doppelwirkung einer höchstgeleiterten Neubautätigkeit hervor. Nicht nur bringt sie in absehbarer Zeit die Beseitigung der Wohnungsnot, ein Ziel, das allein schon die größten Opfer rechtfertigt. Sie ist auch das wirksamste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Sie liegen denn hier die Dinge? Wir müssen leider mit einem größeren Arbeitslosenheer auf lange Zeit hinaus rechnen. Dabei ist die Rationalisierung noch keineswegs zu Ende. Mit ihrer fortwährenden Durchföhrung werden

weitere Arbeitskräfte freigesetzt werden. Es ist aber ein schwer denkbare Zustand, daß Hunderttausende, vielleicht eine Million von Menschen jahrelang in der Erwerbslosenfürsorge oder gar in der amtlichen Wohlfahrtspflege gehalten werden können, ohne daß dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung der allerstärksten Belastung ausgesetzt werden. Auf unser ganzes wirtschaftliches, soziales und politisches Leben müßte ein solcher Zustand verheerend wirken. Und die amtliche Arbeitsbeschaffung, als reine Notstandsmaßnahme von wahrseheinlich sehr begrenzter Zeitdauer, kann demgegenüber keine durchgreifende Hilfe bieten. Es bleibt also, wenn nicht als einzige, so jedenfalls als aussichtsreichste Chance die Vollbeschäftigung des Baugewerbes. Ein florierendes Baugewerbe bietet, unmittelbar oder mittelbar, Arbeit und Beschäftigung für fast alle anderen Gewerbe und Industrien, es wirkt anregend und befruchtend auf die ganze Volkswirtschaft.

Der Aufruf sagt nichts über das langfristige Wohnungsbauprogramm. Angekündigt wurde es durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bereits im August, im Herbst sollte es fertiggestellt werden. Wir fragen: Was ist in dieser Richtung bisher geschehen? Die Zeit drängt! Soll nicht im nächsten Jahre wieder, wie all die Jahre her, der Beginn der Bauperiode um kostbare Monate hinausgezögert werden, dann müssen bis spätestens Dezember dieses Jahres die diesbezüglichen Gesetze verabschiedet sein. Nur dann können die Gemeinden und Kommunalverbände sowie die bauausführenden Stellen rechtzeitig die notwendigen Vorarbeiten treffen.

Erfreulicherweise bekennt sich der preussische Wohlfahrtsminister zu der Auffassung, die auch wir wiederholt vertreten haben, daß nämlich die vorhandenen Bauarbeiter auch zur Bewältigung eines umfangreichen Bauprogramms ausreichen. Immerhin glaubt er, als Maßnahme für alle Fälle, die Umschulung von Industriearbeitern zu Bauarbeitern ins Auge fassen zu sollen. Dieses Experiment ist, was der Herr Minister anheimelnd nicht weiß, in der Nachkriegszeit bereits einmal gemacht worden, nämlich mit Bauhilfsarbeitern. Es scheiterte damals kläglich und würde heute, mit Industriearbeitern unternommen, erst recht scheitern. Wir glauben aber auch gar nicht, daß der vom Minister angenommene Fall überhaupt praktisch werden wird. Sie haben die Bauarbeiter für den Fall eines wirklichen Bauarbeitermangels ihre Bereitschaft zur Leistung von Leberarbeit erklärt. Sie wehrten sich bisher nur und werden sich künftig wehren gegen eine schematische Verlängerung der Arbeitszeit ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Arbeitsmarktverhältnisse. Dem tatsächlichen Bedürfnis der Bauwirtschaft in bezug auf Leberarbeit Rechnung zu tragen, sind sie jedoch heute wie früher bereit.

Zu diesen Tagen treten die Ausschüsse des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg zu ihrer üblichen Herbsttagung zusammen. Wir erwarten, daß sie sich mit allem Nachdruck hinter den Grundgedanken des Hirtjeferschen Aufrufes stellen, und der laute: Stärkere Wohnungsbautätigkeit ist nicht nur eine wohnungswirtschaftliche, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit schlechthin.

Die Aufgaben der Jugendführung

Ueber dieses Thema sprach auf der Reichsjugendtagung der christlichen Gewerkschaften in Essen der Kollege Fischer-Düsseldorf. Er führte etwa aus:

In der heranwachsenden Jugend haben wir es mit werdenden Menschen ohne abgeschlossene Charakterentwicklung, ohne ausreichende Berufsverbundenheit und ohne gewerkschaftliche Tradition zu tun. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit einer Anleitung und Führung der Jugend. Hierbei sind Einstellung und Charaktereigenschaften des Jugendführers von hervorragender Bedeutung. Er muß es verstehen, mitten in der Jugend stehend, diese zu führen, ohne sie zu bevormunden. Er muß es fertigbringen, die in ihr schlummernden Kräfte zu wecken und zur Entfaltung zu bringen. Dazu ist erforderlich, daß der Jugendführer sich bemüht, in die Gedanken- und Ideenwelt, in das Seelenleben der Jugend einzudringen.

Die Aufgaben der Jugendführung sind mannigfaltig. Die nächstliegende ist die Erfassung der Arbeiterjugend. Wir sind eine Berufs- und Standesbewegung. Das muß auch die Jugendbewegung sein. Es gilt, das Berufs- und Standesbewußtsein, die Berufs- und Standesolidarität in der Jugend zu wecken und zu pflegen und in ihr den Sinn für Berufs- und Standeslehre auszulösen. Das ist nur möglich, wenn wir die Jugend erfassen haben. Darum ist eine unausgesetzte Verbetätigung in den einzelnen Jugendgruppen erforderlich. Eine weitere

Aufgabe ist die berufliche Erziehung unserer Gewerkschaftsjugend. Es gilt das Berufsstreben zu wecken und zu fördern. Der Jugend muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß man nicht alles von Organisation und Staat erwarten darf, sondern daß es zunächst gilt, die eigene Kraft reiflos einzusetzen.

In dritter Stelle ist notwendig, die gewerkschaftliche Jugend in die gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme einzuführen. Es gilt in der Jugend ein reges geistiges Streben zu wecken. Sie muß wissen, daß Wissensbereicherung zugleich Lebensbereicherung ist, daß vermehrtes Wissen eine höhere Stellung der Arbeiterpersönlichkeit und des Arbeiterstandes mit sich bringt, und zu einer geschickten Vertretung der eigenen und der Standesinteressen befähigt. In der Bildungsarbeit muß mit den einfachsten und nächstliegenden Fragen begonnen werden. Neben dem Willen zur Mitarbeit muß auch der Wille zur Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft geweckt und gefördert werden.

Endlich ist auch die charakterliche und sittliche Erziehung der gewerkschaftlich organisierten Jugend eine wichtige Aufgabe unserer Jugendbewegung. Gewiß ist das in erster Linie Sache der Familien, der kirchlichen Gemeinschaften und der konfessionellen Jugendvereine. Dennoch können wir diese Arbeit weitgehend unterstützen. Vor allem muß sich die Jugend darüber klar werden, daß Wissensbereicherung, Maschinenhaltung und Aenderung der äußeren Wirtschaftsformen allein nicht zum Ziele führen. Wirklich bessere Verhältnisse erreichen wir auf die Dauer nur durch die Schaffung besserer Menschen. Insbesondere ist die innere Ueberwindung der materialistischen Gedanken- und Ideenwelt notwendige Voraussetzung. Trotz allem wirtschaftlichen Fortschritt müssen wir die Jugend dazu erziehen, innerlich unabhängig von äußeren Dingen zu werden und ihr eine richtige Rangordnung der Werte beizubringen. Darüber hinaus können wir manches tun zur Pflege gewerkschaftlicher Standesjugenden.

Sollen die Aufgaben der Jugendführung zufriedenstellend gelöst werden, so ist selbstverständlich erforderlich, daß künftighin für die Heranbildung geeigneter Jugendführer und -führerinnen mehr geschieht als in der Vergangenheit. Notwendig sind vor allem periodische, von der Gesamtverbandsleitung oder den einzelnen Berufsorganisationen zu veranstaltende Führerkurse. Die wiederholt erörterte Herausgabe einer Jugendführer-Korrespondenz erweist sich als dringende Notwendigkeit. Endlich werden wir den säugenden Persönlichkeiten in der Jugendbewegung auch durch Vermittlung geeigneter Jugendführer-Sitze oder Möglichkeiten zur persönlichen Befähigung für das verantwortungsvolle Amt zu bieten vermögen.

Technik — Haushalt — Konsumgenossenschaften

Etwas für unsere Frauen!

Die Technik feiert Triumphe. Sie schreitet unentwegt weiter trotz Wirtschaftskrisen und mancherlei unruhiger Stimmungen. Wir haben allen Anlass uns freuen zu können, wenn uns auch auf der anderen Seite die Schattenseiten bedrücken: Tausende Arbeitskräfte sind

zum Ruhen verurteilt, tausende Hirne sinnlos, aus der Not der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Gewiß, es fehlt an Mitteln, die Wirtschaft wieder flott zu machen, es fehlt noch mehr an Möglichkeiten, schnelle Umstellungen in einzelnen Arbeitsgebieten vorzunehmen. Und noch etwas kommt hinzu: die Maschine erweist mehr und mehr die menschliche Kraft — immer neue Vereinfachungen und Erfindungen schaffen fast ganz den Menschen aus. Was früher vielleicht in harter Tagesarbeit geleistet wurde, geschieht heute durch einen Hebeldruck der Maschine. Wir können und wollen die Technisierung und Rationalisierung (Verbesserung der Arbeitsmethoden) nicht aufhalten. Sie gehören heute in das Programm und in die Gedankenkreise all derer, die sich mit Wirtschaftspragen beschäftigen. Nicht genug damit: die Technik greift über auf alle Gebiete; sie spielt nicht nur in der Volkswirtschaft eine große Rolle — auch schon in der Hauswirtschaft.

Wir Frauen haben uns allzuwenig mit den Fragen der Technik auseinandergesetzt, trotzdem wir einen großen Teil der Arbeitskräfte in der Volkswirtschaft, mehr noch in der Hauswirtschaft stellen. Wir wissen, Fraueninteressen sind anderer Art, Fraueninn steht meist nach anderen Dingen. Das ist gut so und muß sein. Aber auch hier stehen Fraueninteressen am Wege. Wir haben sie nur nicht richtig erkannt, vielen Dingen nicht die Bedeutung beigegeben, die ihnen zukommt. Um nur einiges anzuführen: Das elektrische Licht mit allem was es im Gefolge hat: Kochherd und Bügeleisen, Staubsauger und Döppe und vieles mehr. Brauchen wir es nicht gedankenlos: einmal der Bequemlichkeit, ein anderes Mal der Billigkeit halber? Denken wir an die Vereinfachung, die es der Hausfrau gebracht hat: Das Reinigen der Petroleumlampe hörte auf; wo früher das Herdfeuer angemacht werden mußte, tut heute schnell der elektrische Kocher oder Gasherd. Das sind doch große Umwälzungen für den Haushalt, für die Arbeit der Hausfrau. Wir brauchen nur noch hinzuweisen auf so viele Vereinfachungen: statt des Reibens die Reibmühle; statt des Holzeneisens das elektr. Bügeleisen u. a. m.

All diese Dinge wachsen täglich in neue Formen hinein. Man braucht nur einige Wochen einmal nicht in die Stadt, an den Schaufenstern vorbeigegangen zu sein, und man entdeckt immer wieder neue Dinge, die die Arbeit der Hausfrau erleichtern sollen, ihr manches abnehmen, das sie früher mühselig schaffend getan und für das sie heute einfache Mittel hat, die ihr Ersparnis an Arbeit und Geld bedeuten. Gewiß, die wirtschaftliche Lage gestattet es den meisten Frauen nicht, immer wieder mit den Neuanfassungen das Alte zu verdrängen und das bis jetzt Gebrauchte einfach beiseite zu schieben; es bleibt gewissermaßen nur einem kleinen Kreis vorbehalten, ihren Haushalt technisch auf das neueste einzurichten. Die Hausfrau würde vielleicht manches gerne kaufen, aber sie empfindet die wirtschaftliche Lage noch schwerer als der Mann, weil sie mit dem heute meist so geringen Einkommen den Haushalt führen muß. Bei andern hilft die Vereinfachung der Hauswirtschaft mit technischen Mitteln auf große Schwierigkeiten, weil die Hausfrau vom guten alten Schlag sich meist an die gewohnten Arbeiten hält und Neuerungen gar nicht oder wenig beachtet. Und noch etwas: Die junge Generation weiß in allgemeinen noch viel weniger von hauswirtschaftlichen Dingen. Wir müssen auch das einmischen: unsere Mädchenwelt hat zu wenig haus-

wirtschaftliche Kenntnisse. Manche verstehen es so, daß das Mädchen einfach eine natürliche Eignung und auch demzufolge eine genügende Kenntnis für den Haushalt besäße. Dem ist nicht so. Die Hauswirtschaft muß genau so gelernt werden wie jeder andere Beruf. Wir haben uns das alles etwas leicht gemacht. Und weil es so ist, darum müssen wir auch ein gewisses Verlagen der Frau als Konsumentin feststellen. Welche Kreise unserer Frauen verwirtschaften das so gering gewordene Volksvermögen in geradezu leichtsinniger Weise. Woher kommt das? Weil wir alle, Männer und Frauen, viel zu wenig Kenntnisse haben von der Bedeutung der Hauswirtschaft im Rahmen der Wirtschaft eines Volkes, von der Bedeutung der Hausfrau als Konsumentin — als Käuferin. Es ist an der Zeit, nun endlich einmal etwas mehr über die Stellung der Hausfrau zur Volkswirtschaft zu sagen, höchste Zeit, daß wir Frauen uns selbst damit beschäftigen. Gewiß, wir haben Hausfrauenvereine usw., die das tun könnten und auch wohl tun, auch sonstige Frauenorganisationen müßten sich noch stärker mit solchen Fragen befassen. Die Konsumgenossenschaften, die sich in den letzten Jahren sehr stark mit Fragen, die die Hausfrau angehen, beschäftigen, haben aber ein ganz besonderes Interesse daran, daß Fragen, die die Hausfrau als Konsumentin und Produzentin angehen, stärker in die öffentliche Diskussion und in die innere Arbeit der Konsumgenossenschaften hineingebracht werden. Gerade die Verbraucherorganisationen können und wollen es der Frau klar machen, was eine planmäßige Wirtschaft für den Einzelhaushalt bedeutet, daß nicht nur die gute Wirtschaftsführung den Grund für eine wirtschaftliche Besserung abgibt, sondern daß gerade der Gedanke des zweckmäßigen, planvollen Einkaufs nicht nur eine Stütze für den Einzelhaushalt, sondern darüber weit hinaus eine Angelegenheit des ganzen Volkes mit seiner Wirtschaft ist.

Und das wollen Sie der Hausfrau heute noch einmal sagen: der Anschluß an eine Konsumgenossenschaft ist heute notwendiger denn je. Er bedeutet zunächst eine Stärkung der Genossenschaftsbewegung. Eine starke Genossenschaftsbewegung ermöglicht es ihr für den einzelnen Verbraucher billige und gute Lebensmittel und Bedarfsartikel abzugeben. Die Ersparnis gibt der Einzelfamilie die Aussicht, die Haushaltsführung zu verbessern, sei es durch bessere Lebenshaltung, sei es durch Anschaffung nützlicher Gegenstände, die der Hausfrau die Arbeit erleichtern. Darüber hinaus hat die Frau aber auch größeren Einfluß als Konsumentin.

Sie muß ihn wünschen und erstreben, um auch in Fragen der Wirtschaft mitarbeiten zu können. Gerade hier eröffnen sich für die Frauen Gebiete, die recht steinmütterlich von ihr bis jetzt behandelt wurden. Sie kann durch ihren Einkauf den Verbrauch von Artikeln bestimmen — was sie kauft soll zweckmäßig, gut und preiswert sein; was sie ablehnt, soll nicht unnötig fabriziert werden. Sie kann in den Verbraucherorganisationen auf eine Schulung in Fragen des Verbrauchs und der Produktion drängen — selbst zu diesem Zwecke mit Hand anlegen. Im Einzelhandel der Hausfrau liegt eine wirtschaftliche „Großmacht“, Frauen, überlegt den Inhalt dieses Satzes. Der Wille der vereinigten Hausfrauen als Käuferinnen, als Mitglieder der Konsumgenossenschaften könnte in kürzester Zeit geradezu Umwälzungen auf den verschiedensten Wirtschaftszweigen herbeiführen. Und wie leicht wäre diese Macht auszunutzen?

Serbstwunsch

So möcht auch ich einst fühlen,
Natur, wie du,
Wenn ich im Herbst des Lebens
Mich leg zur Ruh.
Nicht hat dich übergoßen,
Sich Leid geplagt;
Warst jedem Glück und Freude,
Nur ungefragt.
Und wie den vollsten Segen
Sich ausgeteilt,
Sich dich im Abendgolde
Der Tod erlitt. S. K.

Vom Werden der deutschen Wirtschaft

VIII.

Der deutsche Auslandsverkehr war in diesen Jahrzehnten natürlich ganz unbehindert. Durch die nationale Kontinentalpolitik gegen England hatte er sich etwas gehoben, aber war vorübergehend. Der arme Auslandsverkehr hatte kaum etwas zu exportieren, ungeachtet der großen Nachfrage der Kolonialwaren als Absatz sehr hoher Post. Der Großhandel legte seine Waren lieber ins Ausland als auf den großen Märkten ab, die zwei- oder dreimal jährlich in Frankfurt, Leipzig, Breslau oder Danzig abgehalten wurden. Auch das war bei den damaligen Verkehrsverhältnissen noch schwierig genug, denn die Straßen waren sehr schlecht, Fracht und Post teuer und unregelmäßig. 1824 wurden die ersten Dampfschiffe angebracht, Thurn und Taxis aber besorgte sehr langsam, besonders schon finanzierte Sendungen. Über die Höhe der Fracht gibt folgendes Beispiel ein Bild: Ein Dresdener kaufte sich in Amerika für 17 Dollar Pfeffer, als er in der Heimat ankam, wurde ihm eine Aufrechnung von 20 Talern präsentiert. Ein Brief Amerika — Deutschland kostete 16 Taler, und das bei dem damals höheren Wechselkurs als heute. Als billiger Verkehrsweg hob sich sehr die Benutzung der Eisenbahnen, besonders dem Rhein. 1831 wurde die Rheinisch-Westfälische Eisenbahn durch die alle Verbindungen fortgesetzt. Durch Aufhebung der Leibeigenschaft wurden die Bauern ganz verständig frei, aber die Dienstleistungen

blieben bestehen. Viele lösten sie dadurch ab, daß sie 1/2 oder gar 2/3 ihres Besitzes an die Grundherren abgaben und ihre Söhne answandern oder in die Städte ziehen ließen. Der Bodenertrag wird mächtig gesteigert, und seit 1817 folgen überreiche Ernten. Dies beruht zum Teil auf den Verbesserungen in der Bewirtschaftung, die seit 1809 der landwirtschaftliche Gelehrte Albrecht Tharner einführte und eifrig propagierte, nämlich die Fruchtwechselwirtschaft. Derselbe Boden wird danach ein Jahr mit Schafwurzeln, das nächste mit tiefgreifenden Pflanzen bebaut, so daß dem Boden in verschiedenen Teilen die Nahrung entzogen wird.

Das Handwerk verliert endgültig seinen goldenen Boden. Es ist überfüllt und wird später von der erwachenden Industrie immer mehr zurückgedrängt. Die Verkündung der Gewerbefreiheit 1807 war gewiß ein großer Segen, denn damals wurde nur noch Meister, wer eines anderen Schwiegerjohn wurde, eine Meisterwitwe heiratete oder sich durch einen großen „Meistersohn“ empfahl. Aber auch in der persönlichen Freiheit entstand bei den damaligen Verhältnissen kein Aufschwung, war der Segen nur dauernd Ueberflut an Handwerker vorhanden. Regel war es, daß fünf bis sechs Meister zusammen wöchentlich ein Kind schlachteten, die Bäder hielten nur einen Tag über den andern. Bei solchen Verhältnissen muß man noch über den Widerstand kommen, den das Handwerk der aufsteigenden Industrie entgegensetzte.

Die Periode von 1834 bis 1871, vom Abschluß des preussischen Zollvereins bis zur Reichsgründung, sind die Jünglingsjahre des heranreifenden deutschen Volkes, voll der schönsten Hoffnungen, und beglückt von den ersten strahlenden Erfolgen. Jögern nur gesehen die ersten Schritte ins große wirtschaftliche Leben, und erst am die 50er Jahre beginnt eine stark anschwellende Entwicklung.

Die neue Königin Technik begann sich auszuwirken. Die erste große Gewerbeausstellung in Berlin, 1844, zeigte die deutsche Großindustrie in den Kinderjahren. Auch 1851, auf der ersten Weltausstellung in London, wollte das Ausland von einer deutschen Großindustrie und ihrem Dasein nichts wissen. Still, aber kräftig wuchs diese heran, von Spargroschen gegründet, dann selbst wieder von schnell Kapital anhäufend. Von den 296 Lokomotiven, die Deutschland 1844 besaß, kamen 240 aus dem Auslande, zehn Jahre später lieferte sie schon fast sämtlich Vorrat. Erfindungen von Telegraph, Kabel, Nähmaschine, Telefon und anderen folgten einander. Maschine und Arbeitsteilung erhöhten die Produktion. Während der einzelne Handarbeiter im Jahre etwa 3000 Nadeln fertigen konnte, brachten Maschine

und Arbeitsteilung die Leistung auf über eine Million, wobei allerdings jede winzige Nadel durch etwa 80 Hände geht.

Maschine und Arbeitsteilung haben die Arbeit entseelt; das war der Fluch, und die Unzufriedenheit der Arbeiter konnte erwachen, genährt noch durch die übermäßige Gewinnsucht mancher Unternehmer. So fiel das „kommunistische Manifest“ von 1848 schon auf günstigen Boden. Die Maschine war in ihren Wirkungen so gewaltig, daß sie die Menschen geistig überwältigte. Soziale Freiheit ist daher die erste Bedingung zur Lösung der sozialen Frage, die Bedienung und Pflege des Berufsgeistes erste Pflicht. Technik und Maschine sind Naturkräfte, deren Werten zum Guten oder Bösen in den freien Willen des Menschen gelegt ist. Mit der Buchdruckerkunst kann man Wahrheit und Lüge verbreiten, mit Sprengstoff Felsen zum Brückenbau sprengen und Menschen im Kriege töten; und so kann die Maschine Segen oder Fluch der Menschen werden, die Entscheidung aber liegt in ihnen selbst.

Eine der ersten Wirkungen der neu erwachten Wirtschaft war die, daß das Geldkapital überall lebendig gemacht wurde. Entstehung von Kredit und Banken stellten einen gewiß riesigen Fortschritt der Volkswirtschaft dar, und hatten wieder noch hundert andere im Gefolge. Seit den 50er Jahren erst gibt es im modernen Sinne Bankiers und Banken. Vorher waren die Bankiers einfache Geldwechsler, die meist ihren Wohnsitz in Frankfurt am Main unter ziemlich dürftigen Verhältnissen innehatten. Auch die beiden Rothschilds gehörten dazu. Da wurde 1853, unter Führung des Kölner Großkaufmanns Meviusen, die Darmstädter Bank gegründet, der bald die Disconto-Gesellschaft folgte, dann die Deutsche Bank, die den bargeldlosen Scheckverkehr einführte, und endlich die vierte der großen D-Banken, die Dresdener. Im neuen Deutschen Reich war Berlin der erste Geldplatz. In den Banken wurden ungeheure Kapitalien angehäuft, von da in die Volkswirtschaft als Triebkräfte geleitet, von der sie wesentlich verstärkt, im Kreislauf zurückfloßen. Durch diese Einrichtung wurde allerdings das Kapital in immer weniger Händen zusammengefaßt, und der Unterschied zwischen reich und arm wurde immer größer.

Als seelisch verderbliche Folge der neuen Geldwirtschaft entstanden nun wie Pilze die „Aktiengesellschaften“. Im Wesen waren sie zwar nicht neu, denn schon 1800 besaß Deutschland deren fünf. Aber erst jetzt wirkten sie im Volke durch ihre große Zahl und das in ihnen arbeitende Kapital. Schon 1850 wurden gegen 40 Gesellschaften neu gegründet, und ihre Zahl wuchs von da an

In den Genossenschaften macht sich ja auch mehr und mehr der Wille bemerkbar, die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen. In einer Verbraucherorganisation bedeutet diese Aussicht sehr viel. Wir Frauen sollten diese Gelegenheit ergreifen und durch starke Anteilnahme am Leben der Konsumvereine dafür sorgen, daß gerade sie zu einem Instrument der Selbsthilfe, aber auch zu einer starken Stütze der Frauen in allen Fragen der Hauswirtschaft werden.

Nachtarbeitszulagen und Lohnsteuerabzug

Der Reichsfinanzminister gibt durch Erlaß III 5400 vom 14. September 1926 folgendes bekannt:

„Die Entscheidung über die steuerliche Behandlung der in der Privatwirtschaft gezahlten Nachtarbeitszulagen im einzelnen Fall habe ich bisher den Finanzämtern überlassen. Dazu habe ich in dem Rundschreiben vom 1. Mai 1923 — III 6138 — folgendes ausgeführt:

„Dabei weise ich ausdrücklich darauf hin, daß bei der Entscheidung insbesondere zu prüfen ist, inwieweit diese Zulagen ein Entgelt für Ueberstunden und Sonntagsarbeit das grundsätzlich steuer- und abzugspflichtig ist, darstellen und inwieweit sie ein Entgelt für Nachtarbeit sind, das ebenfalls dem Steuerabzug unterliegt. Es bleibt daher für die Berücksichtigung als Aufwandsentschädigung nur der in dem Entgelt für Nachtarbeit enthaltene Teil übrig, der nach ausdrücklicher Vereinbarung zur Beistellung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwandes gewährt wird, und dieser auch nur inwieweit, als ihr Betrag den erforderlichen Aufwand nicht übersteigt. Soweit ihr Betrag den erforderlichen Aufwand übersteigt, stellen sie keine Aufwandsentschädigung, sondern Arbeitslohn dar und unterliegen dem Steuerabzug und der Einkommensteuer. Enthält die Vergütung für die Arbeitsleistung zugleich eine Entschädigung für den durch die Arbeitsleistung veranlaßten Aufwand, ohne daß eine ausdrückliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber vorliegt, daß ein Teil oder welcher Teil der Vergütung als Aufwandsentschädigung anzusehen ist, so unterliegt die volle Vergütung dem Steuerabzug. Die Kosten des Aufwandes bilden Werbungskosten die durch den Aufschlag abgegolten werden.“

Diese Grundsätze gelten auch für das neue Einkommensteuergesetz. Nach neueren Feststellungen sind die Nachtarbeitszulagen in der Privatwirtschaft ganz verschieden hoch (bis zu 50 v. H. des Tariflohns). Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß solche Zuschläge nicht ohne weiteres als steuerfrei anzuerkennen sind; denn sie stellen offenbar zum wesentlichen Teil eine besondere Entlohnung für die meist mit besonderen Unbequemlichkeiten verbundene Nachtarbeit dar und sind inwieweit als Arbeitslohn zu behandeln. Die Uebertragung der Entscheidung auf die Finanzämter kann dazu führen, daß auch in gleichliegenden Fällen voneinander abweichende Entscheidungen getroffen werden. Um hier nach Möglichkeit einen Ausgleich herbeizuführen, bestimme ich hiermit, daß die in der Privatwirtschaft, insbesondere auf Grund von Tarifverträgen gezahlten Nachtarbeitszulagen inwieweit als steuerfrei anzuerkennen sind, als sie den Betrag von 1 Km. für die ganze Nachtschicht nicht übersteigen, einerlei, ob die Zulage in einem Hundertstel des

zufehends. Ihr ausgesprochenes Zweck ist lediglich ein möglichst hoher Gewinn, die Verteilung einer möglichst fetten Dividende. Geld ist ihr Herz und Ziel. Dadurch scheidet das persönliche Moment gegenüber dem Arbeiter so gut wie ganz aus, auch er tritt dem Kapital gegenüber und sucht sich einen Teil davon abzureißen. Verstandnis des Verwaltungsrates für die Arbeiterchaft ist bei seiner geistigen Einstellung auf Gewinn und Ausbente natürlich nicht zu erwarten, und so muß der Kampf zwischen Arbeiterchaft und Kapitalismus sich auslösen. Zwei der größten und solidesten Aktiengesellschaften, die damals gegründet wurden, waren 1847 die „Hamburg-Amerikanische Passagier-Aktiengesellschaft“, und 1857 der „Norddeutsche Lloyd“, die beide eine Zeitlang aus heftigsten miteinander konkurrierten.

In wohlthuendem Gegensatz zu den meisten der Aktiengesellschaften stehen die damals aufwachsenden Kleinwerte privater Unternehmungen. Gerade die größten von ihnen, wie Borsig und Krupp, waren eifrig darauf bedacht, ein gutes Verhältnis zwischen sich und der Arbeiterchaft herzustellen. Sie bauten es patriarchalisch aus, und ließen die Arbeiterchaft auf Gedeih und Verderb mit ihrem Wert ver wachsen. Sie hatten auch materiellen Anteil bei günstiger Konjunktur und hielten dafür bei schlechtem Wetter mit durch. Besonders zeichnete sich Krupp durch die Wohlfahrts-Einrichtungen für seine Arbeiter aus. Wären die Führer alle ähnlich gesinnt gewesen, so hätte der Sozialismus nicht so breiten Raum erobern können. In Schiffsalgemeinschaft arbeiteten Herr und Arbeiter an dem Fortschritt ihres Wertes, das sie in Mühe und Schwweiß wachen ließen. So zählte Borsigs Fabrik 1837 noch kaum 50 Arbeiter, 1841 schon über 1100!

Mit dem stark pulsierenden neuen Wirtschaftsleben tritt natürlich auch sofort die Konkurrenz auf. Krisen und Bankrotte wurden häufiger, auf der anderen Seite tritt zum ersten Male damals die Reklame auf. 1850 wandte sie Hoff für seinen Malzextrakt sehr geschickt und mit großem Erfolge an. Seitdem steigerte sie sich von Jahr zu Jahr, bis ins Ungeheuerliche, und nahm dadurch von mancher Zeitung Besitz, die das Geld zu ihrer Erhaltung und ihrem Ausbau brauchte.

Auch die Landwirtschaft erfuhr damals große Umwälzungen. Allerdings dauerte es lange, bis sie bereit und imstande war, sich größere Maschinen anzuschaffen. Erst 1869 gelang es dem schwäbischen Ingenieur Max Gnih, den ersten Dampfpflug für die Zuckerrübenwirtschaft bei Halberstadt einzuführen. Groß waren auch die Verdienste des Chemieprofessors Justus Liebig um die Landwirtschaft, der damals die wissenschaftlich rationelle Bodenbewirtschaftung bedeutend förderte.

Um 16. Oktbr. 1926 ist der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

bei Tagarbeit üblichen Lohnes (Tariflohn) oder in festen Beträgen vereinbart worden ist. Wird die Anerkennung eines höheren Betrags als Dienstaufwandsentschädigung in Aussicht genommen, so eruche ich, mir vor der Entscheidung zu berichten.“

Allgemeine Rundschau

Sonderbare Verbrüderung.

Die kommunistische Presse (so die „Rote Fahne“ vom 12. September) veröffentlicht ein Manifest an das werktätige Volk. In den bekannten starken Worten wird hier zu einem „Kongreß der Werktätigen“ aufgerufen, dem als Aufgabe zugeordnet ist: „Kampf für die Regierung der Werktätigen in Stadt und Land, für die Arbeiter- und Bauernregierung! Kampf für den Sozialismus! Kampf für ein unabhängiges sozialistisches Deutschland im Bündnis mit der Sowjetunion und allen unterdrückten Völkern der Welt!“

Unter dem Aufdruck prangen die Namen zahlreicher kommunistischer Organisationen, und mitten unter ihnen steht der Name der „Christlich-sozialen Reichspartei“. U. W. stehen in dieser Partei auch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Sind diese dort vollständig einflußlos oder aber sind sie damit einverstanden, daß ihre Partei an der Seite der Kommunisten einen Nummel macht, der nur der politischen Verblöbung dienen kann! Man braucht sich nur die oben bezeichneten Kampfziele des Kongresses der Werktätigen vor Augen zu halten, um zu sehen, daß christliche Gewerkschaftler hier

Sit

auf Deiner Arbeitsstelle nicht jeder Kollege organisiert, so gebietet es

Dein

eigenes Interesse, daß Du versuchst, die Unorganisierten für den Verband zu gewinnen. Dein

Nebennann

ist der nächste, bei dem Du in kollegialer, sachlicher Weise mit der Agitation einsehen mußt. Sind

im

Betrieb alle Kollegen organisiert, — bietet sich Dir dann keine Gelegenheit, zu agitieren für den

Verband?

Doch! Du mußt dann kräftig mit-tun in der Hausagitation!

nicht mitmachen können. Die Mitgliedschaft zu einer christlichen Gewerkschaft ist unvereinbar mit Bestrebungen der oben bezeichneten Art. Dedit die „Christlich-soziale Reichspartei“ das in der kommunistischen Presse veröffentlichte Manifest, so wird sie für die Folge nicht mehr auf die Mitgliedschaft christlicher Gewerkschaftler rechnen können. Eine klare Antwort der Parteileitung muß herausstellen, was ist.

Es ist übrigens bezeichnend, daß die Kommunisten in ihrem Führerorgan darauf aufmerksam machten, die Gewinnung der christlichen Arbeiter für den Kommunismus vollziehe sich am leichtesten über die christlich-sozialen Parteigruppen. Wenn man nicht über Religion und Pfaffen schimpfe, finde man hier ein williges Gehör. Aus dieser kommunistischen Zuneigung zu den christlich-sozialen Parteigruppen erklärt sich auch wohl die bevorzugte Einschließung dieser in die jüngste Rußlanddelegation. Im „Neuen Volk“ hat man zwar mit Entrüstung den im „Deutschen“ ausgesprochenen Gedanken zurückgewiesen, als ob der eine oder andere, der als Christlich-sozialer nach Rußland ginge, als Kommunist wiederkommen könnte; d. h. mit anderen Worten, daß der eine oder andere vielleicht schon vordem Kommunist war, und nur um des besseren Ansehens und des besseren agitatorischen Erfolges willen sich in einen christlich-sozialen Mantel hüllte. Wir möchten diesem Verdacht nicht Borsig leißen, trotzdem aber feststellen, daß der Rußland-Bericht des russisch sprechenden, christlich-sozialen Parteimitgliedes Hammeltrath ein sehr weitgehendes Bündnis für das Leben in der Sowjet-Republik beinhaltet. Berücksichtigt man dazu, daß das Organ der „Christlich-sozialen Partei Deutschlands“ in dem kommunistischen Parteiufernehmen „Fenweg“ gedruckt wird, so muß unwillkürlich der Gedanke Raum gewinnen, als wenn hier enge Verbindungen zwischen den Christlich-sozialen der beiden Organisationen und den Kommunisten bestehen. Immerhin ist anzuerkennen, daß das Organ der Christlich-sozialen Partei Deutschlands trotz aller kritischen Haltung auch eine positive Einstellung zu den christlichen Gewerkschaften bekundet, während das Organ der Christlich-sozialen Reichspartei schon längst alle getragenen Brücken zur christlichen Gewerkschaftsbewegung abgerodert hat. Die Unterstützung des kommunistischen Manifestes durch diese Partei gibt uns willkommene Gelegenheit, klar und deutlich herauszutellen, daß hier eine Entwicklung eingeleitet hat, die im Gegensatz zu den

Zielen der christlichen Gewerkschaften steht. Wenn die Christlich-soziale Reichspartei schon kommunistische Politik machen will, dann sollte sie auch in ihrer Firma den kommunistischen Charakter klar erkennen lassen.

„Zentralblatt“.

Unwissenheit oder Demagogie

Wir sind es gewohnt, daß die christlichen Gewerkschaften von sozialdemokratischer Seite als nicht vollwertig im sozialistischen Sinne betrachtet werden. Ein-sichtige Führer, welche sich von den Parteichefklappen freigemacht haben und Erfahrung besitzen, geben durch ihr tagtägliches Praktizieren mit den christlichen Gewerkschaften deren Gleichwertigkeit zu, aber der Durchschnitts-agitator im sozialistischen Lager produziert die abgelei-erteten Schlagworte ahnungslos oder dummdreist weiter.

Jetzt hat sich auch der „Vorwärts“, das führend sein wollende Blatt im sozialistischen Lager, zur Ablagerungsstätte für diese leichte und unwahre Kampfwort-weise gegen die christlichen Gewerkschaften hergegeben. In einem Artikel: „Das Wissen vom Haushalter“ (Nr. 360) schreibt er folgendes:

„Freilich, nicht alle Gewerkschaften sind gleich. Es gibt freie, gelbe und christliche. Die freien Gewerkschaften, die auch die roten heißen, wollen mehr, als nur der Zusatzhaushalt ihrer Mitglieder sein. Das Beste, was man von den Christlichen und Gelben sagen kann, das ist, daß sie auch für ihre Mitglieder sorgen wollen. Aber sie finden sich damit ab, daß im kapitalistischen System alles auf Lohndruck und auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgestellt ist. Die Gelben vertrauen dem guten Willen der Unternehmer, der gar nicht da sein kann im kapitalistischen System, wo es hart gegen hart geht. Und die Christlichen vertrauen auf die göttliche Weltordnung, in der das Proletariat Gottes Fügung ist. Gelbe und christliche Gewerkschaften sind zwar auch ein gemeinsamer Haushaltsbetrieb für die Einzelhaushalte ihrer Mitglieder; aber sie veräußern ihren Zweck, weil sie nicht kämpfen. Kampf aber ist die Lösung des Arbeiters im kapitalistischen System; der Glaube an die Harmonie der Interessen zwischen Unternehmer und Arbeiter ist alter Irrtum der Wissenschaft und eine Erfindung der Unternehmer.“

Wenn der Artikelschreiber nur ein wenig Kenntnis hätte von dem Wirken der christlichen Gewerkschaften, oder den ehrlichen Willen besäße, der Wahrheit die Ehre zu geben, so hätte er, bei aller Gegnerschaft zu ihnen, solche Sätze über sie nicht schreiben können. Er hätte sie auch nicht mit den Gelben in einen Topf werfen können. Daß er sie nicht bis über den grünen Klee hinaus lobt, kann man verstehen. Aber die Haltung und Arbeit der christlichen Gewerkschaften, ihre dauernde Gemeinschaftsarbeit mit den freien Gewerkschaften in Fragen der Arbeiterbelange, besonders seit Ende des Krieges und während desselben schon, macht es für einen scheidenden und der Wahrheit die Ehre gebenden Sozialdemokraten unmöglich, ein derart unwahrhaftiges Urteil über die christlichen Gewerkschaften zu fällen, als es hier im „Vorwärts“ geschieht. Nun, auch diese Verächtlichmachung der christlichen Gewerkschaften wird an der Wirklichkeit nichts ändern, sollte aber für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften erneut Ansporn sein, unermüdet an ihrer weiteren Erstarkung zu arbeiten.

Wetterer Rückgang der Erwerbslosigkeit

Für die erste Hälfte des Monats September weist die Statistik der Erwerbslosenfürsorge einen weiteren, gegenüber den vorhergehenden Berichtszeiträumen stärkeren Rückgang der Erwerbslosigkeit aus. In der Zeit vom 1. bis 15. September ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1245 000 auf 1 195 000, die der weiblichen von 303 000 auf 289 000, die Gesamtziffer von 1 548 000 auf 1 484 000, d. h. um 64 000 oder über 4 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen Vollerwerbsloser) hat sich von 1 538 000 auf 1 481 000 verringert.

Das zweite Dawes-Jahr

Der Generalagent für die Reparationsleistungen legt die Abrechnung über das am 31. August abgelaufene zweite Dawes-Jahr vor. Die Zahlungstermine sind genau nach den Bestimmungen des Dawes-Planes eingehalten worden. Insgesamt wurden von Deutschland 1 312 Millionen Goldmark bezahlt. Die Zahlungen, die geleistet worden sind, setzen sich aus folgenden vier Posten zusammen:

	Goldmark
1. Beitrag aus dem deutschen Budget . . .	250 000 000
2. Zinsen auf deutsche Eisenbahnbonds . . .	595 000 000
3. Transportsteuer . . .	21 905 000
4. Zinsen auf deutsche Industrie-Obligat. . .	125 000 000

Von den Dawes-Verpflichtungen des abgelaufenen Jahres ist mehr als die Hälfte, nämlich 655,5 Millionen Mark, in Warenlieferungen geleistet worden, von den Geldzahlungen wurde weitaus der größte Teil, nämlich 415,6 Millionen Mark, in fremder Währung geleistet, der Rest in Goldmark. Unter den Zahlungen in ausländischer Valuta entfällt der größte Posten, 201,6 Millionen Mark, auf Zahlungen für Rechnung Englands, 41,5 Millionen kommen auf Rechnung Frankreichs, 97 213 000 Mark mußten für den Dienst der Dawes-Anleihen von 1924 aufgebracht werden, 65 Millionen sind in bar bezahlt worden, der Rest der Valutaleistungen entfällt auf Abrechnung älterer Verpflichtungen und auf Verwaltungskosten. Von den Zahlungen in Goldmark entfallen 86 188 000 M. auf die Besatzungsarmee, die internationalen Kommissionen kosten noch immer 18,4 Millionen, wovon über 4 Millionen in ausländischen Valuten bezahlt wurden. Für die Wiederherstellung der Bibliothek von Löwen wurden 2,1 Millionen in Anschlag gebracht.

Mit dem am 1. September begonnenen dritten Dames-Jahr setzt die sogenannte Uebergangsperiode zu den „normalen“ Zahlungen auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens ein. Deutschland hat in diesem Jahr ungefähr dieselbe Summe zu zahlen wie im vergangenen Jahr, nämlich 1200 Millionen Goldmark, doch kann dazu noch eine Zuschlagszahlung von 250 Millionen Goldmark hinzukommen, wenn die Reichseinnahmen aus den verpfändeten Einnahmequellen (Zöllen, Branntwein, Bier, Tabak und Zucker) in diesem Jahr mehr als eine Milliarde Mark betragen. Da dies tatsächlich der Fall ist, müßten in den beiden nächsten Jahren 500 Millionen Mark Zuschlagszahlung geleistet werden. Die deutsche Regierung hat aber mit den Reparationsempfängern eine Vereinbarung getroffen, wonach in den beiden Jahren „nur“ 300 Millionen Mark mehr zu zahlen sind. Eine ungehörliche Anspannung der indirekten Steuern (Majorenbelastung) hat es also zumege gebracht, daß wir an die früheren Feinde mehr zahlen müssen, als wir nach dem Dames-Pakt an und für sich verpflichtet waren.

Tarifbewegung

Bezirk Hannover und Paderborn

Wesfalen-Nr und Lippe. Die Unternehmer in Westfalen-Nr und Lippe haben es sich zum Grundgesetz gemacht jede Gelegenheit zu benutzen, um die Löhne zu senken. Sie waren mit die ersten, die zum 1. April das Lohnabkommen kündigten. Ihre Forderungen auf Lohnabbau betragen 10-18 Pfennig pro Stunde. Bei den Verhandlungen kam es zu keiner Einigung und mußte das Zentralschiedsgericht entscheiden. Dieses ließ die Löhne der Facharbeiter bestehen, kürzte aber die der Bauhilfsarbeiter um 2-3 Pfennig pro Stunde.

Zum 1. Juli d. J. kündigten die Unternehmer wieder, auch dieses Mal stellten sie Forderungen auf Abbau der Löhne, die sich auf 10-25 Pfennig bewegten. Bei den Verhandlungen der Parteien ermäßigten sie ihre Forderungen, in der ersten Lohngruppe verzichteten sie auf jeden Lohnabbau. Es kam eine Verständigung zustande, die aber dennoch, insbesondere für ländliche Gebiete, einen Lohnabbau bis zu 7 Pfennig pro Stunde brachte. Die Stadt Lübbecke wurde aus Gruppe III in Gruppe IV versetzt und bekam dadurch 12 Pfennig Lohnabbau.

Dieses Entgegenkommen auf unserer Seite hatte die Wut der Arbeitgeber noch mehr gesteigert. Sie beantragten zum 1. Oktober nicht nur einen Lohnabbau, sondern auch eine vollständige Umänderung der seit 1922 bestehenden Lohngruppen-einteilung, die z. T. einen Lohnabbau bis zu 31 Pfennig pro Stunde brachte. Bei den Verhandlungen der Parteien glaubten sie ernstlich, auch dieses Mal könnten wir auf dem Wege der Verständigung eine Einigung erzielen. Wir lehnten jedoch jede weitere Lohnherabsetzung ab, beantragten vielmehr eine Erhöhung der Löhne. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, mußte sich wiederum das Zentralschiedsgericht mit den Löhnen in Westfalen-Nr und Lippe beschäftigen. Dieses Mal zeigte das Zentralschiedsgericht für unsere Begründung volles Verständnis und lehnte alle Anträge ab. Es bleibt also bei den alten Löhnen, die seit 1. Juli d. J. Geltung haben.

Unsere Kollegen in diesem Bezirk mögen aber einmal die Frage prüfen, ob nicht die Sanigkeit der Bauarbeiter gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation den Unternehmern immer wieder Wasser auf ihre Mühlen geliefert hat.

Schlämmt diese Sanigkeit und stärkt den Verband! —d.

Sozialpolitik

Hilfe für ausgesetzte Erwerbslose. Nach Abschluß wiederholter Verhandlungen hat der Reichsarbeitsminister in einem Rundschreiben an die Länder die Grundsätze über die Hilfe für ausgesetzte Erwerbslose mitgeteilt. Danach werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die ausgesetzten Erwerbslosen, soweit sie der öffentlichen Fürsorge bedürfen, eine gleich hohe Unterstützung erhalten, wie die unterkürzten Erwerbslosen. Durch enge Zusammenwirken der Fürsorgestellen mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen und durch verstärkte Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung wird sichergestellt, daß den ausgesetzten Erwerbslosen, soweit irgend möglich, Arbeit vermittelt wird. Die Bezirksfürsorgeverbände, denen die Unterstützung ausgesetzter Erwerbsloser obliegt, erhalten hierfür vom Reich Beihilfen in Höhe von 50 v. H. des Unterhaltungsanspruches. Die ursprünglich gedachte Beschränkung der Maßnahmen auf Bezirke mit besonders hohem Erwerbslosen- und Ausgesetztenziffern ist aufgehoben worden.

Ein Mangel in der Erwerbslosenfürsorge. Die §§ 20 bis 26 im dritten Abschnitt der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 15. Februar 1924 stellen die Krankenversicherung der Erwerbslosen sicher. Da man aber bei Erlass der Verordnung allgemein glaubte, daß die noch der Stabilisierung entsprechende Arbeitslosigkeit nur vorübergehender Natur sei, hat man der Ausbreiterhaltung der Arbeitskraft in der Invaliden- und Angehörtenversicherung keine Bedeutung geschenkt. Nun wächst infolge der Dauerkrise die Zahl derer, die über ein Jahr erwerbslos sind, und infolge ihrer völligen Mittelloshigkeit gar nicht in der Lage sind, ihre Invaliden- und Angehörtenversicherung zu erhalten. Der solange Erwerbslose kann einfach nicht das Geld für die vorgeschriebenen 20 Wochenbeiträge innerhalb der zwei Jahre vom Ausfallgedatum der Leistungskarte an gezahlt in der Invalidenversicherung oder die achtjährig

Monatsbeiträge im Jahre in der Angestelltenversicherung aufbringen. Dem „Deutschen“ ist unbedingt zuzustimmen, wenn er in seiner Nummer 180 sagt: „Von den verschiedenen Regierungstellen und auch aus maßgebenden Stellen unserer Wirtschaft ist wiederholt verkündet worden, daß ein großer Prozentsatz der deutschen Arbeitnehmer dauernd zum mindesten auf Jahre hinaus arbeitslos bleiben wird. Wenn dem so ist, dann wird es höchste Zeit, daß auch in bezug auf die Ausbreiterhaltung der Arbeitskraft zu diesem Teil der Sozialversicherung seitens der Organisationen und Parteien Schritte bei der Regierung unternommen werden.“

Die Beschädigten des Weltkrieges. Im Haushalt des Rechnungsjahres 1926 wurden für die Renten und sonstigen Bezüge unserer Kriegsbeschädigten und Kapitalanten des alten Heeres nicht weniger als 117 140 740 M. bereitgestellt. Die Höhe dieser Summe gibt dafür Zeugnis, daß das deutsche Volk bei aller Not doch seiner Verpflichtungen gegenüber den Kriegsbeschädigten nicht vergessen hat. So gewaltig aber die vorgegebene Summe auch ist, so verliert sie dennoch bedeutend an ihrer Größe, wenn man dem Betrag der Entschädigung die Zahl der Kriegsbeschädigten gegenüberstellt.

Nach den amtlichen Feststellungen der Zählung vom 5. Oktober 1924 waren nämlich 662 575 männliche und 1151 weibliche, insgesamt also 663 726 Beschädigte aus dem Weltkrieg 1914/1918 vorhanden.

Was das Alter der Beschädigten betrifft, so hat die Mehrzahl derselben das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet. Die meisten Rentenempfänger fallen auf die Geburtsjahre 1893 und 1894, was sich daraus erklärt, daß diese Jahrgänge bei Kriegsausbruch als aktive Truppe unter den Waffen standen.

Bezüglich der Minderung der Erwerbsfähigkeit betrug der Durchschnittssatz für die Gesamtzahl der Beschädigten 46,3 v. H.

Hinsichtlich der vier folgenschwersten Dienstbeschädigungsleiden der geisteskranken, Blinden, Lungenkranken und amputierten Feldzugsteilnehmer gibt die amtliche Feststellung interessanten Aufschluß. Erstlichermweise ist die Zahl der Kriegsblinden nicht so hoch, als man etwa annehmen möchte. Am 5. Oktober 1924 wurden 2734 Blinde gezählt. Geistesranke waren 4990 vorhanden, deren Erwerbsfähigkeit im Durchschnitt um 84,8 Prozent gemindert war. Die Zahl der Lungenträger betrug sich auf 39 580; versorgungsberechtigte Fuß- und Bein-, Hand- und Armanputierte zählte man 66 130. Von diesen hatten 41 109 einen Fuß oder ein Bein, 1250 beide Füße oder Beine, 20640 eine Hand oder einen Arm und 131 beide Hände oder Arme verloren.

Diese Zahlen beweisen, daß glücklicherweise weitaus der größte Teil der Beschädigten nur leichtere Beschädigungen erlitten, und damit weniger an Arbeitskraft und Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat.

Gesamtbewegung

Eine christlich-nationale Verkehrsarbeiter-Gewerkschaft im Werden. Nachdem die Vereinbarungsverhandlungen zwischen dem christlich-nationalen Beamtenverband und dem Deutschen Beamtenbund zu einer Einigung geführt haben, tritt das Problem der Schaffung einer einheitlichen christlich-nationalen Gewerkschaft der Arbeiter im Verkehrsgewerbe um so drücker in den Vordergrund. Bisher standen auf christlich-nationaler Seite gemischte Verbände von Arbeitern und Beamten der staatlichen Verkehrsbetriebe. Die Beamten in diesen Verbänden sollen nach den vorliegenden Plänen in den neuen Deutschen Beamtenbund überführt werden, dessen grundsätzliche Einstellung den Anschauungen der christlich-nationalen Beamten entsprechen wird. Für die Arbeiter in diesen gemischten Verbänden ist ein engerer Zusammenschluß im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vorgesehen. Der seit längerem schon erwohene Plan der Schaffung einer christlich-nationalen Verkehrsarbeiter-Gewerkschaft erfüllt durch die Umstellung im Beamtenlager einen starken neuen Anstoß. Während im sozialistischen Gewerkschaftslager bereits ein starker Verkehrsverband besteht, war innerhalb der christlich-nationalen Gewerkschaften nur langsam für den Gedanken einer Zusammenfassung aller Verkehrsarbeiter Raum zu gewinnen, infolge der Verbindung der Arbeiter der Staatsbetriebe mit den Beamten sowohl in einer Berufs-gewerkschaft als in einer Beamten-Epochenorganisation, während die Arbeiter der Privatbetriebe im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften standen. Ursprünglich gehörten auch die christlich-nationalen Verbände der staatlichen Verkehrsarbeiter dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften an, z. B. die Verbände der bayerischen und württembergischen Eisenbahner, der bayerischen Postler, der Telegraphenhandwerker und Arbeiter, der preussischen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Eisenbahner-Verband) usw. Diese Arbeitergruppen wurden in den Gesamtverband der Beamten-gewerkschaften überführt, um den christlich-nationalen Beamten-gewerkschaften einen stärkeren Rückhalt zu geben. Nachdem nunmehr die Beamtengruppen des organisatorische Verhältnis zum christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund lösen, der Gesamtverband deutscher Beamten-gewerkschaften in dem neuen Deutschen Beamtenbund eintritt, letzterer aber grundsätzlich keine Arbeiter umfassen soll, bedarf es auch für die Arbeiter der gemischten Verbände einer organisatorischen Umstellung. Zunächst wird ihr Vordereintritt in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erfolgen. Innerhalb dieses Gesamtverbandes dürfte dann in baldige die engere Zusammenfassung aller Verkehrsarbeitergruppen vor sich gehen. Vor allem kommen hier in Frage die Eisenbahnarbeiter, die Post- und Telegraphenarbeiter, die Straßbahner, die Auto-

Bau-Rundschau

Der Baukostenindex steigt wieder!

Die Belebung der Bautätigkeit hat eine teilweise Steigerung der Mauersteinepreise bewirkt, die im Berliner Gebiet von Mitte August bis 8. September von 27,15 auf 34,— RM. für 1000 Stück (ab märk. Ziegelei) angezogen haben. Die Indexziffer der Baukosten stieg vom 11. August bis zum 8. September um 3,3 v. H. auf 163,5. Die Indexziffer zur Bewegung der Baukostenpreise und der Baukosten zeigt nach „Wirtschaft und Statistik“ folgendes Bild (1913 = 100):

Zeit	Haus-hofe	Fach-hölzer	Ausbau-hofe	Baukosten zusammen	Bau-leiten
Monatsdurchschnitte					
Juli 1926	149,1	128,7	165,5	147,1	157,9
August 1926	148,8	128,7	166,2	147,0	160,4
Stichtage					
28. Juli 1926	148,6	128,7	165,5	146,8	157,9
11. August 1926	147,9	128,7	167,3	146,6	158,3
25. August 1926	149,7	128,7	165,1	147,4	162,4
8. September 1926	152,2	128,7	165,1	149,0	163,5

Da die Bauarbeiterlöhne nicht gestiegen, teilweise sogar gesunken sind, ist die neuerliche Aufwärtsbewegung der Baukostenindex ausschließlich auf Materialpreissteigerungen zurückzuführen.

Sterbetafel

Am 11. September verschied unser lieber Kollege **August Kretz** aus Flieden (Kreis Fulda) infolge doppelseitiger Lungenentzündung. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Verwaltungsstelle **Frankfurt a. M.**

Am 19. September starb unser treuer Kollege, der Zimmerer **Julius Lent**, im Alter von 60 Jahren an Stehtopfgeschwunducht. Als Hausstapfener hat er viele Jahre im Verband treue Arbeit geleistet.

Verwaltungsstelle **Schneidemühl.**

Am 20. September starb infolge Altersschwäche unser treuer Kollege, der Verputzer **Josef Schierbach**, im Alter von 71 Jahren.

Verwaltungsstelle **Köln.**

Am 20. September starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege, der Zimmerer **August Renner**, im Alter von 56 Jahren.

Verwaltungsstelle **Danzig.**

Am 22. September starb unser treuer Kollege **August Hoffmann** (Bauhilfsarbeiter) an Lungenleiden.

Verwaltungsstelle **Danzig.**

Am 26. September starb unser Kollege **Wilhelm Falkenbach** aus Eilenbach i. L. infolge einer Operation im Alter von 57 Jahren. Wir verlieren in ihm ein treues Mitglied, das wir in dankbarer Erinnerung behalten werden.

Verwaltungsstelle **Frankfurt a. M.**

Am 29. September starb nach einem längeren, schweren Verbleiben unser treuer Kollege, der Maurer **Franz Klarholz** im Alter von 32 Jahren. Als Hausstapfener und Vorstandsmittglied hat er dem Verbande lange Zeit treu gedient. Es ist dieses der erste Kollege, den seit dem zweiundzwanzigjährigen Bestehen unserer Ortsgruppe der Herrgott aus unserer Mitte zu sich genommen hat. Am Beerdigungstage ruhte auf fast allen Baustellen 3 Stunden die Arbeit. Die Kollegen folgten alle im geschlossenen Zuge dem verstorbenen Kollegen zum Friedhof. Sein Andenken werden wir über das Grab hinaus in Ehren halten.

Verwaltungsstelle **Brillen.**

Infolge einer Operation (Bauchfellentzündung) starb am 16. September nach fünfzigem, schmerzvollem Krankenlager unser treuer Kollege **Wilhelm Klöpping** (Hilfsarbeiter) im Alter von 64 Jahren.

Ortsgruppe **Bad Lippspringe.**

Infolge Herzschlages starb plötzlich unser lieber Kollege, der Isolierer **Josef Walter**, im blühenden Mannesalter von 26 Jahren.

Fachgruppe der Isolierer, **Dortmund.**

Ehre ihrem Andenken!

Plan (Reddenburg). Zu Plan i. Meckl. ist mit städtischer Subvention die erste deutsche höhere Fachschule für die Holzindustrie unter dem Namen Holztechnikum Plan begründet worden, die den Unterricht am 18. Oktober aufnimmt. Ihr Ziel ist die Ausbildung von Sägewerksmeistern, Vertmeistern, Technikern und Betriebsleitern sowie Konstrukteuren und Ingenieuren für die gesamte Holzindustrie. Ferner sind Kurse für Holzhandwerker angehtloffen. Damit ist dem dringenden Bedürfnis nach einer solchen Schule, die seit Jahrzehnten von der Holzindustrie gewünscht wurde, abgeholfen. Die deutsche Holzindustrie ist im Vergleich zur Maschinen- und Elektroindustrie sehr merklich hinter der des Auslandes zurückgeblieben, was nicht zum wenigsten auf den Mangel jeglicher Schulung des Nachwuchses zurückzuführen ist. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß nunmehr eine Ausbildungstätte geschaffen wurde. Programme werden von der Anstaltsleitung kostenlos auf Anfordern versandt.